



## "Nicht fair" oder "nicht schulterbar"?

*Bürgerversammlung Kontroverse Diskussion über Kanalbeiträge - Johannesberg Aktiv will lieber neue Schulden*

**Johannesberg** Kanalbeiträge: Ein komplexes und kontrovers diskutiertes Dauerthema im Gemeinderat Johannesberg. Deshalb verwunderte es, dass zur Bürgerversammlung am Dienstag nur knapp 50 Teilnehmer - Gemeinderäte und Parteivertreter eingerechnet - ins Pfarrheim gekommen waren.

Bürgermeister Peter Zenglein (CSU) wiederholte die Argumente, mit denen die Mehrheit im Gemeinderat für eine komplette Umlegung der abrechnungsfähigen Kosten auf die Grundstückseigner - verteilt auf fünf Jahre - gestimmt hatte. Die Ortsteile der Gemeinde müssten wegen ihrer geografischen Lage bislang in fünf verschiedene Richtungen entwässert werden, sagte Zenglein. Das treibe die Gesamtkosten für die gesetzlich vorgeschriebene Modernisierung der bis zu 40 Jahre alten Abwasseranlagen auf sechs Millionen Euro.

Finanzielle Situation nicht rosig. Einen Teil davon nicht über Verbesserungsbeiträge, sondern über den tatsächlichen Wasserverbrauch abzurechnen, würde für die Gemeinde noch mehr Schulden bedeuten, sagte der Bürgermeister. Die finanzielle Situation von Johannesberg sei nicht rosig. Es drohe die Gefahr, dass das Landratsamt den Haushalt nicht mehr genehmige, was zu höheren Steuern und einer Beschneidung der Vereinsförderung führen könne.

Christian Wüst, Mitglied der Wählergruppierung Johannesberg Aktiv (JA), kritisierte die Mehrheitsentscheidung des Gemeinderats als "nicht fair". Sie belaste nur die Grundstücksbesitzer, nicht aber die Mieter. Die älteren Bürger würden in den nächsten Jahren für eine Investition zur Kasse gebeten, die für die kommenden vier Jahrzehnte gemacht worden sei.

Wüst versuchte vorzurechnen, dass es sinnvoll für die Gemeinde sei, jetzt Geld zinsgünstig aufzunehmen und später wegen der seiner Meinung nach absehbaren Inflation problemlos zurückzuzahlen. Der Geschäftsführer der Gemeindeverwaltung Alexander Sauer und Kämmerer Jürgen Hain widersprachen dieser Zahlenjonglage energisch und verwiesen aufs Kommunalgesetz. Sauer klärte auch einen Bürger darüber auf, warum er jetzt schon für sein unbebautes Grundstück einen Geschossflächenanteil zahlen muss: Die Gemeinde sei verpflichtet, ihre Infrastruktur auf den späteren Ausbau in einem Baugebiet abzustimmen.

Das jetzt Bezahlte werde später angerechnet, womöglich mit einem Vorteil, denn, so Sauer: "Die Beiträge werden steigen." Die Diskussion wurde sehr sachlich geführt, lediglich Alfred Krusche warf der Gemeinde "Fälschungen" und "Pseudo-Berechnungen" vor.

JA-Gemeinderat Werner Schnaitmann beschwichtigte: "Wir leben in einer Demokratie, und Mehrheitsbeschlüsse werden akzeptiert." Trotzdem gebe es "verschiedene Wege". Die Bürger seien mündig genug, in "außergewöhnlichen Situationen" wie jetzt der Finanzkrise ihre Meinung selbst kundzutun. Schnaitmann forderte, die Jahre 2009 und 2010 beitragsfrei zu lassen. Man könne "die Ausgaben ohne Risiko nach hinten schieben".

15 Euro Mehrkosten im Monat? Zenglein wiederholte, das sei "nicht zu schultern", und versuchte es selbst mit einem Zahlenbeispiel: Auf Monate umgerechnet betrage die durchschnittliche Mehrbelastung durch die Kanalbeiträge etwa 15 Euro. Ein Bürger schlug vor, eine Biogasanlage zu bauen, um Johannesberg aus der finanziellen Klemme zu helfen. Zenglein antwortete, es sei schon ein Nahwärme-Konzept in Planung.

Alexander Sauer klärte über das Vorgehen bei einem Bürgerbegehren auf: Jede Interessensgruppierung könne dazu die nötigen Unterschriften im Rathaus vorlegen. Melanie Pollinger

Adresse: <http://www.main-netz.de/nachrichten/region/aschaffenburg/aschaffenburg-land/land/art3986,783604>

Erscheinungsdatum: 15.05.2009

Copyright: © 1996-2008 Verlag und Druckerei Main-Echo GmbH & Co. KG

Alle Rechte der Internetseiten des Main-Echo-Verlages dürfen ausschließlich für den persönlichen Bedarf genutzt werden. Unautorisiertes Kopieren, Vervielfältigen oder Verändern ist in jeglicher Form auf jedem Medium verboten.

Unautorisiertes Kopieren, Vervielfältigen oder Verändern ist in jeglicher Form auf jedem Medium verboten.

Der Verlag übernimmt keine Haftung für die Vereinbarkeit der Inhalte mit rechtlichen Bestimmungen außerhalb des Gebiets der Bundesrepublik Deutschland. Der Verlag übernimmt keine Haftung für Zugangsmöglichkeit, Zugriffsqualität und Art der Darstellung.

Der Verlag ist nicht verantwortlich für die von Usern vorgenommenen Eintragungen sowie für die Inhalte der Seiten, zu denen aus dem Online-Angebot des Verlages heraus verlinkt wird.